

**SOLI-Fraktion
und SPD-Fraktion
im Kreistag Lüchow/Dannenberg**

Wustrow, den 12. Januar 2022

Die SOLI-Fraktion und die SPD-Fraktion stellen gemeinsam folgenden Antrag und beantragen gleichzeitig die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Tarifbindung der Gesellschaften des Landkreises und der Gesellschaften, an denen der Landkreis beteiligt ist“ für die jeweils nächsten Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages:

a) Der Kreistag beschließt, dass der Landkreis bei fehlender Tarifbindung seiner Gesellschaften bzw. der Gesellschaften / kommunalen Einrichtungen / Betriebe, an denen der Landkreis beteiligt ist, auf Anerkennungstarifverträge der jeweils gültigen Fassung der entsprechenden Tarifverträge in Gänze hinwirkt. Dies soll jeweils zum frühestmöglichen Zeitpunkt geschehen.

Bei den Beteiligungen des Landkreises, die einen Anteil von weniger als 50% umfassen, wird der Landkreis ebenfalls auf entsprechende Anerkennungstarifverträge hinwirken.

Beim Landkreis Lüchow-Dannenberg betrifft dies zum Beispiel:

1. Avacon AG
2. Breitbandgesellschaft Lüchow-Dannenberg mbH
3. Gebäudemanagement Uelzen / Lüchow-Dannenberg (gemeinsame Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Uelzen und der Landkreise Uelzen und Lüchow Dannenberg – gAöR-GM)
4. Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Lüchow-Dannenberg mbH
5. Musikschule Lüchow-Dannenberg gGmbH
6. Naturpark Elbhöhen-Wendland e.V.
7. Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH

Begründung zu a:

Kommunen und kommunale Betriebe müssen Vorbild in der Gesellschaft sein, auch im Hinblick auf die Tarifbindung. Somit sollten sich alle kommunalen Verwaltungen und die kommunalen Betriebe in einer Tarifbindung befinden.

In den Betrieben, in denen es eine Tarifbindung gibt, sind geltende Tarifverträge Mindeststandard. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bilden dabei eine Tarifpartnerschaft, sie führen Tarifverhandlungen und schließen Tarifverträge ab. Die verhandelten Tarifverträge sichern in erheblichem Maß den sozialen Frieden und Zusammenhalt in den Betrieben.

Die Sozialpartner Arbeitgeberverband und Gewerkschaften sind Tarifvertragsparteien. Sie regeln die Arbeitsbeziehungen eigenständig und lösen gemeinsam Konflikte.

Die Mindeststandards aus den Tarifverträgen sind in den tarifgebundenen Betrieben bindend anzuwenden. Die Betriebe brauchen dann oft nicht mehr selbst in Verhandlungen zu Entgelten, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten zu gehen. Dies schafft betrieblich mehr Zeit für andere Themen im Betrieb, reduziert Konflikte und arbeitsgerichtliche Verfahren. Für die Kommunen entfallen dadurch evtl. hohe Ausgaben in den Haushalten.

b) Der Kreistag beschließt, dass die LSE GmbH zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Rahmen der derzeitigen Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di einen Anerkennungstarifvertrag in Gänze der jeweils gültigen Fassung des TV-N abschließt.

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der LSE GmbH werden angewiesen, alle dafür notwendigen Schritte einzuleiten (z.B. Beantragung bzw. Einladung zu einer frühestmöglichen Gesellschafterversammlung) und dem Beschluss des Kreistages einsprechend zu beschließen.

Begründung zu b:

Die notwendigen Schritte zur Erreichung des Zieles einer Anwendung des TV-N sind bei der LSE GmbH am weitesten gediehen (siehe u.a. Tarifverhandlungen, Warnstreiks).

Die LSE GmbH ist 100%ige Tochter des Landkreises und gehört den ÖPNV an und unterliegt somit dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG).

Gemäß § 5 des NTVergG sind die Bestimmungen des TV-N entgegen der bisherigen Praxis seit etlichen Jahren anzuwenden (Zitat aus Abs. 1 S. 1: ... ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ... vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt unter den dort jeweils vorgesehenen Bedingungen zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachzuvollziehen). Die Verweigerungshaltung der Geschäftsführung und die daraus resultierenden Tarifverhandlungen mitsamt den Warnstreiks wären vermeidbar gewesen, wenn die LSE GmbH von vornherein dem entsprechenden Arbeitgeberverband beigetreten wäre.

Für die Fraktionen der SOLI und der SPD
Friedhelm Korth (SOLI) und Kerstin Peters (SPD)